9. November 1923: Der Hitler-Putsch

Kontext

Im Herbst 1923 schien Deutschland im Chaos zu versinken: In Sachsen und Thüringen hatten sich im sogenannten deutschen Oktober „proletarische Arbeiterregierungen“ gebildet, die „Ordnungszelle Bayern“ war auf scharfen Konfrontationskurs zur „marxistischen“ Reichsregierung unter Gustav Stresemann gegangen, im Rheinland und in der Pfalz konnten Separatisten auf die tatkräftige Unterstützung Frankreichs zählen. Verkünder politischer Heilslehren hatten Konjunktur. Während die Kommunisten über eine Revolution nach russischem Vorbild nachdachten, hielten völkische Nationalisten und extrem Konservative aus Industrie, Politik und Militär die Zeit reif für eine Diktatur.

Die zum Kampf gegen die verhaßte Weimarer Republik gerüstete Rechte spann ihre Fäden zunehmend in der bayerischen Hauptstadt. Hier war Adolf Hitler, Vorsitzender der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), zum politischen Führer des „Deutschen Kampfbundes“ gewählt worden, dem die Sturmabteilung (SA) und bewaffnete bayerische Einwohnerwehren angehörten. Als Hitler erkannte, daß er mit seiner SA vom „Marsch nach Berlin“ anderer republikfeindlicher Kräfte um Gustav Ritter von Kahr ausgeschlossen und ins politische Abseits gestellt werden sollte, versuchte er am Abend des 8. November 1923, das Signal zum Kampf gegen die „jüdisch-marxistische Brut“ in Berlin zu geben. Er rief die „Nationale Revolution“ aus und erklärte die bayerische sowie die Reichsregierung für abgesetzt.

Hitlers improvisierter und dilettantisch durchgeführter Putschversuch, zu dem er Erich Ludendorff eiligst herbeigerufen hatte, blieb isoliert. Ein am Morgen des 9. November von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch mit mehreren Tausend, zum Teil schwer bewaffneten Teilnehmern endete im Feuer der Polizei an der Feldherrenhalle. Vier Polizisten und 14 Demonstranten kamen ums Leben. Hitler-Anhänger ließen anschließend auf Flugblättern keinen Zweifel daran, wer die Schuld am Scheitern des Umsturzversuchs trug: der bayerische Generalstaatskommissar Kahr, der ebenso wie Otto von Lossow dem „völkischen Befreier“ Hitler die Gefolgschaft verwehrt hatte.

Die NSDAP wurde nach dem mißglückten Putschversuch reichsweit verboten. Im Hochverratsprozeß gegen Hitler im Februar 1924 erhielt dieser mit fünf Jahren Festungshaft ein vergleichsweise mildes Urteil. Zu diesem Zeitpunkt hatte die nationalsozialistische Propaganda den Putsch bereits in eine heroische Niederlage umstilisiert. Mit jährlich wiederkehrenden Totenfeiern für die Erschossenen und Aufmärschen der am Putsch beteiligten Blutordensträger gedachten die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme 1933 dem 9. November 1923.

Quelle: http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/gewalt/hitler/

Der Hitler-Putsch

Hitler beschloss, die Initiative an sich zu reißen und am 9. November – für die Rechtsradikalen ein Symbol der „nationalen Schmach“ - den gegenrevolutionären Umsturz zu wagen. Vorher wollte er die Kahr-Gruppe, die am Abend des 8. November im Münchner Bürgerbräukeller eine politische Versammlung abhielt, überrumpeln und mitreißen. Die SA umstellte das Lokal, Hitler ließ den Saal mit einem Maschinengewehr in Schach halten und verschaffte sich mit einem Pistolenschuss in die Decke Gehör. Er proklamierte die „nationale Revolution“, erklärte die bayerische und die Reichsregierung für abgesetzt und kündigte die Bildung einer „nationalen Regierung“ an. Anschließend beschworen der NSDAP-Führer und der erst jetzt herbeigeholte, aber bereitwillig mitwirkende Ludendorff in einem Nebenraum

Kahr, Lossow und Seißer, den „Marsch auf Berlin“ mitzuorganisieren und in eine Regierung Hitler einzutreten. Das erpresste Triumvirat stimmte dem Putsch zum Schein zu. Einzelheiten wurden besprochen, und das Publikum bejubelte die Einigung. Sicherheitshalber nahm die SA im Saal noch einige prominente Geiseln; dann löste sich die Versammlung auf.

Noch in derselben Nacht – während die SA schon mal die Redaktionsräume und die Druckerei der sozialdemokratischen Tageszeitung „Münchner Post“ verwüstete – trafen Kahr, Lossow und Seißer Maßnahmen zur Unterdrückung des Putsches. Am Morgen des 9. November musste Hitler erkennen, dass sein Umsturzversuch isoliert bleiben würde. Daran konnte auch ein eilig improvisierter Demonstrationsmarsch des ”Deutschen Kampfbundesüm die Mittagszeit nichts mehr ändern. An der Feldherrnhalle stieß der von Hitler und Ludendorff angeführte, mehrere tausend Personen umfassende Zug auf eine Absperrung der bayerischen Landespolizei. Es kam zu einem Handgemenge und zu einem kurzen Feuergefecht, bei dem 14 Demonstranten und drei Polizisten starben. Die Menge stob auseinander; Hitler floh zu einem Freund und wurde dort einige Tage später verhaftet. Der dilettantische Frühstart der NSDAP machte auch alle anderen Pläne für einen Marsch auf Berlinßunichte.

Der anschließende Hochverratsprozess gegen Hitler, Ludendorff und andere geriet zu einer Farce. Die Angeklagten – in den Augen der Richter Männer von „rein vaterländischem Geistünd ëdelstem selbstlosen Willen“ – durften Propagandareden gegen die Republik und ihre Politiker halten; der Ankläger agierte eher als Verteidiger. Am 1. April 1924 erhielten Hitler und drei weitere Angeklagte lediglich fünf Jahre (ehrenvolle) Festungshaft mit der Aussicht auf Begnadigung nach sechs Monaten; die übrigen kamen mit noch geringeren Strafen davon. Ludendorff wurde sogar freigesprochen. Ferner lehnte es das Gericht ausdrücklich ab, ëinen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler“, gemäß den Bestimmungen des Republikschutzgesetzes als wegen Hochverrats verurteilten Ausländer nach Österreich abzuschieben.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, http://www.bpb.de/

Aus dem Urteil

I. Von den Angeklagten

1. **Hitler** Adolf, geb. am 20. 4. 89 in Braunau, (Oberösterreich), Schriftsteller in München, seit 14. Nov. 1923 in dieser Sache in Untersuchungshaft;
2. **Ludendorff** Erich, geb. 9. 4. 65 in Kuszewia, General d. Inf. a.D., Exz., in München,

(. . .) werden verurteilt: **Hitler, Weber, Kriebel** und **Pöhner** jeder wegen eines Verbrechens des Hochverrats je zu **fünf Jahren Festungshaft,** – ab bei Hitler vier Monate zwei Wochen, Weber vier Monate drei Wochen, Kriebel und Pöhnor je zwei Monate zwei Wochen Untersuchungshaft – sowie jeder zur Geldstrafe von Zweihundert Goldmark, ersatzweise zu je weiteren zwanzig Tagen Festungshaft; (. . .)

II. **Ludendorff** wird von der Anklage einen Verbrechens des Hochverrats unter Ueberbürdung der ausscheidbaren Kosten auf die Staatkasse freigesprochen.

III. Die Haftanordnungen gegen Frick, Röhm und Brückner werden aufgehoben.

Beschluß. (. . .) Den Verurteilten **Hitler, Pöhner, Weber** und **Kriebel** wird nach Verbüssung eines weiteren Strafteils von je 6 Monaten Festungshaft Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt.